

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Gronau/Münster/Bonn, 30. August 2016

Urananreicherer Urenco mit Halbjahresverlust:

- **Dividende für Anteilseigner EON und RWE in Gefahr?**
- **massive Kritik an Urenco-Ukraine-Deal**

Der auch im westfälischen Gronau aktive Urananreicherer Urenco hat in seiner Halbjahresbilanz für das erste Halbjahr 2016 erstmals seit langem einen Nettoverlust ausgewiesen. Während Urenco im Vergleichszeitraum 2015 einen Nettogewinn von 166 Mio. Euro einfuhr, wurde trotz ungefähr gleichbleibender Einnahmen und deutlich geringerer Ausgaben nun ein Nettoverlust von 8,5 Mio. Euro erzielt. Urenco führt diesen Gewinneinbruch auf Währungsschwankungen sowie ein schwächeres Pfund Sterling zurück.

"Die neuen Zahlen für Urenco sind bemerkenswert, weil sich der Urananreicherer bislang immer als profitables Unternehmen dargestellt hat. Gibt es bei der Urananreicherung neben den Währungsschwankungen noch andere Geschäftsprobleme, über die die Öffentlichkeit informiert werden müsste? Mit dem jetzigen Verlust steht auch hinter der bisherigen Dividende von jeweils knapp 60 Mio. Euro für die deutschen Urenco-Anteilseigner EON und RWE für 2016 ein großes Fragezeichen," so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Zudem fragt Buchholz, ob mögliche Probleme bei der Inbetriebnahme der neuen Uranmüllhalle in Gronau eine Rolle spielen.

Die neuen Geschäftszahlen von Urenco zeigen, wie wichtig für den Atomkonzern der vor einer Woche bekannt gewordene neue Deal mit der Ukraine ist. Im Laufe der nächsten drei Jahre soll pro Jahr angereichertes Uran für je zweimal 42 Uranbrennstäbe über die Brennelementherstellung von Westinghouse in Schweden an die Ukraine geliefert werden. Zusätzliche Lieferungen sind als Option vereinbart. Möglich ist dabei auch eine Urananreicherung in Gronau wie auch im benachbarten Almelo in den Niederlanden.

"Mit dem Ukraine-Deal greift Urenco vor allem den bisherigen Weltmarktführer Rosatom an, der bislang die Ukraine beliefert. Angesichts der neuen Verlustzahlen benötigt Urenco den Deal aber womöglich auch, um nicht langfristig in die Verlustzone abzurutschen. Doch die Belieferung ausgerechnet von sowjetischen Schrottreaktoren im Krisengebiet Ukraine ist ein äußerst brisantes und unverantwortliches Geschäft. Es ist unverständlich, warum die Bundesregierung hier kein Veto eingelegt hat," so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern aufgrund der gefährlichen Unzuverlässigkeit der ukrainischen Alt-Reaktoren und der instabilen Lage im Kriegsgebiet im Osten des Landes von der Bundesregierung ein Exportverbot für mögliche Uranlieferungen aus Gronau. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor ziemlich genau 30 Jahren hat dramatisch gezeigt, dass auch Westeuropa von einem schweren Atomunfall in der Ukraine nicht verschont bliebe. Die Bundesregierung soll sich stattdessen für den

beschleunigten Ausbau regenerativer und zukunftsfähiger Energien auch in der Ukraine stark machen.

Weitere Informationen:

www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de

Hinweis für die Redaktionen:

Hier der Link zum Halbjahres-Geschäftsbericht von Urenco:

<http://www.urengo.com/news/detail/urengo-group-half-year-2016-unaudited-financial-results>

Kontakt:

Udo Buchholz, BBU/AKU Gronau, Tel. 02562-23125

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023